

All Viruses are Created Equal

Corona-Epidemie und soziale Ungleichheit in den USA¹

von Jens Beckett*

All Viruses are Created Equal. The Coronavirus Pandemic and Social Inequality in the United States

In the spring of 2020, New York City was at the center of the coronavirus pandemic in the United States. The essay focuses on the unequal distribution of the outcomes of the public health crisis. The prospect of being infected with the virus, losing income, leaving the city for less affected areas, working from home or continuing schooling for one's children has been vastly different for New Yorkers depending on their socio-economic position, race and migration background. The social and racial stratification of the impacts of the pandemic on the individual bring to the fore the vast inequalities in American society and its political and cultural polarization.

New York war der Brennpunkt der Coronakrise in den USA im Frühjahr 2020. Über 400.000 Personen infizierten sich bis Mitte Juni im Bundesstaat New York, mehr als 30.000 starben an den Folgen ihrer COVID-19-Erkrankung. Zwei Drittel des Geschehens konzentrierten sich auf die Stadt New York mit ihren acht Millionen Einwohnern, die damit nur mit den am stärksten von der Pandemie betroffenen Regionen in Norditalien und in Spanien vergleichbar ist. In einigen Wohngebieten von New York wird auf Grundlage der Ergebnisse von Antikörpertests von einer Durchseuchungsrate von vierzig Prozent der Bevölkerung ausgegangen.

New York ist eine Stadt extremer sozialer Gegensätze. Fast einhundert Milliarden leben hier. Fast zwanzig Prozent der Bevölkerung leben unter der Armutsgrenze, weitere vierzig Prozent der Bevölkerung an der Armutsgrenze. Die Coronakrise ist ein Prisma, das diese Ungleichheit erkennbar macht und weiter verschärft. Zwar machen Viren keinen Unterschied zwischen arm und reich. Dennoch treffen Pandemien die Bevölkerung unterschiedlich. Die Wohlhabenden haben bessere Möglichkeiten, sich zu informieren und vor den Krankheitserregern zu schützen, sie bekommen die bessere medizinische

* Mein Dank gilt Andreas Daum, Ute Frevert und Paul Nolte für ihre präzisen Kommentare zu dem Text.

1 Der Autor war zwischen September 2019 und Juni 2020 Theodor-Heuss-Professor an der New School for Social Research in New York. Eine sehr viel kürzere frühere Fassung dieses Essays wurde am 3. Juli 2020 im Spiegel veröffentlicht Jens Beckett, Nur vor dem Virus sind alle gleich, in: Der Spiegel, 3.7.2020, <https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/usa-wie-die-corona-krise-die-brutale-ungleichheit-offenlegt-a-00000000-0002-0001-0000-000171875123>.

Versorgung im Fall der Erkrankung, und sie können die wirtschaftlichen Folgen einer Pandemie besser verkraften.

Dies gilt nicht nur in den USA, sondern auch in Europa und überall sonst. Doch die USA und insbesondere New York sind ein herausragendes Beispiel für den Zusammenhang von Epidemie und sozialer Ungleichheit. Soziale Ungleichheit ist in den USA ausgeprägter als in den meisten europäischen Ländern. Zugleich ist das System wohlfahrtsstaatlicher Fürsorge weit weniger ausgebaut. Zusammengekommen führt dies dazu, dass sich die gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen der Epidemie höchst ungleich in den verschiedenen sozialen Gruppen auswirken, abhängig von Einkommen, Hautfarbe, Bildungs- und Migrationshintergrund. Da sich die USA wie kein zweites Land selbst beobachten, waren bereits sehr schnell eine Vielzahl von Daten verfügbar, die es erlauben, die sozial ungleichen Auswirkungen der Epidemie detailliert zu analysieren.

I. Exodus

Ungleichheit prägte das Pandemiegesehen in New York schon, bevor es richtig losging. Ab Mitte März verließ rund jeder zwanzigste Einwohner die Stadt, insgesamt ungefähr 420.000 Bürger. Dies zeigt die Auswertung der Standortdaten von Mobiltelefonen. Doch wer verließ die Stadt? In den Bezirken mit durchschnittlichem oder geringem Einkommen gab es kaum Abwanderung. In den reichsten Nachbarschaften, vor allem in Manhattan, verließen hingegen bis zu vierzig Prozent der Einwohner ihr Zuhause. Je höher das durchschnittliche Einkommen in einer Nachbarschaft, desto stärker der Exodus. Auch andere soziodemografische Indikatoren zeigen die mit der Abwanderung verbundene Ungleichheit: In jenen Gebieten, in denen mindestens 25 Prozent der Bevölkerung die Stadt verließen, wohnen zu 68 Prozent Weiße, die nur 25 Prozent der Stadtbevölkerung insgesamt ausmachen.

Häufig zogen sich die Coronaflüchtlinge in Zweitresidenzen im nahen ländlichen Raum zurück, was in den traditionellen Sommerorten auf Long Island und in Neu England zu Hochbetrieb führte und zur Befürchtung, dass die New Yorker das Virus in diese Ortschaften mitbrächten, ohne dass es dort die notwendige medizinische Infrastruktur gäbe. Für die Landfahrenden reduzierte der Rückzug aus der Stadt nicht nur die Ansteckungsgefahr, sondern ermöglichte auch ein komfortableres Leben. Social Distancing und *shelter at home* waren dort viel einfacher praktizierbar als im eng bebauten New York. Ende Mai berichtete die *New York Times*, dass sich in den Ferienorten die Nachfrage nach privaten Schwimmbecken vervielfacht habe. Da die Nutzung der Strände im Sommer unsicher sein würde, entweder weil sie geschlossen blieben oder aufgrund von Ansteckungsgefahr, wurden private Schwimmbecken für die zugereiste New Yorker Oberschicht zur neuen

Notwendigkeit. Die Kosten eines solchen Pools lägen, so die Zeitung, bei mindestens 75.000 Dollar.

II. Homeoffice versus *essential worker*

Die geografische Dimension der sozialen Ungleichheit der Pandemie zeigt sich auch in den Möglichkeiten des Schutzes vor Ansteckung. Mit der Verstärkung des Infektionsgeschehens in New York wurden die Bürogebäude sukzessive geschlossen. Zunächst durfte nur noch die Hälfte der Belegschaft an ihre Arbeitsplätze, dann wurden die Gebäude Mitte März ganz geschlossen. Abgesehen von den als unverzichtbar eingestuften Mitarbeitern, die ihrer Tätigkeit nicht von Zuhause aus nachgehen konnten, wurden alle ins Homeoffice geschickt.

Zweifellos: Viele der zeitweise über zwanzig Millionen Arbeitslosen in den USA waren Büroangestellte. Doch für diejenigen, die ihren Arbeitsplatz behielten und nun von daheim aus arbeiteten, stellte sich die Lebenssituation völlig anders dar, verglichen mit den „*essential workers*“, die auch in der Krise unabdingbare persönliche Dienstleistungsfunktionen erfüllten. Sowohl auf dem Arbeitsweg als auch in der Ausübung ihrer Berufstätigkeit waren sie einem erhöhten Ansteckungsrisiko ausgesetzt. Dies galt in erster Linie für die Mitarbeiter der Krankenhäuser, die Sanitäter der Krankenwagen und die Angestellten der Beerdigungsinstitute. Wie auch in Deutschland mussten darüber hinaus die Bus- und U-Bahnfahrer, das Personal der Müllabfuhr, die Mitarbeiter der Lieferservices und der *take-out*-Restaurants, die Polizisten sowie das Verkaufspersonal in den Supermärkten und die Lagerarbeiter in den Versandzentren der Onlinehändler weiterhin zu ihren Arbeitsplätzen. Wenngleich es hiervon wichtige Ausnahmen gab, etwa bei den Krankenhausärzten, galt: je höher das Einkommen und die Bildung, desto höher die Chance, der Berufstätigkeit im Homeoffice nachzugehen. Überspitzt beschrieb die *New York Times* Ende März ein neues Kastensystem in der Stadt: Die Reichen überdauern die Pandemie in ihren Ferienhäusern, die Mittelschicht quetscht sich in ihren Wohnungen mit den Kindern zusammen, die Arbeiterschicht steht an der Frontlinie.

Die Infektionszahlen in New York konzentrierten sich so stark auf bestimmte Stadtteile, weil dort eben jenes Servicepersonal lebt, häufig Migranten und Schwarze, das die Stadt auch in Zeiten des Lockdowns funktionsfähig hielt. Die Zahl der Fahrgäste der New Yorker U-Bahn sank ab März um 87 Prozent, doch viel weniger in den Metrostationen in der Bronx, dem nördlichen Teil Manhattans oder in Queens, wo jene Arbeiter wohnen, die auf die U-Bahn für ihren Weg zur Arbeit angewiesen sind. Selbst im Juli lagen die Fahrgastzahlen der U-Bahn bei lediglich zwanzig Prozent des Vorkrisenniveaus. Die Analyse von Mobiltelefonaten zeigte für sämtliche Metropolengebiete der USA, dass in der zweiten Märzhälfte die Mobilität in Wohngebieten mit geringem

Einkommensdurchschnitt weit weniger zurückging als in wohlhabenden Wohngebieten.

Die mit der Aufrechterhaltung elementarer gesellschaftlicher Funktionen befassten Arbeiter sind sich der Gesundheitsgefahren bewusst. Sie sind nicht weniger verängstigt als andere. Allein, es fehlt ihnen die Alternative. Nicht zur Arbeit zu erscheinen, bedeutet die Entlassung ohne Anrecht auf Arbeitslosengeld. Kleine Selbständige, etwa diejenigen, die ihre in der Stadt allgegenwärtigen Imbissstände schließen mussten, fragten verzweifelt: Und wer gibt meiner Familie zu essen?

Studien zur Vermögensverteilung in den USA zeigen, dass weniger als die Hälfte der Bevölkerung über hinreichende finanzielle Rücklagen verfügt, um drei Monate Lohnausfall durchzustehen. Vier von zehn erwachsenen Personen haben nicht die Rücklagen, um eine unerwartete Rechnung über vierhundert Dollar zu begleichen. Der amerikanische Gesellschaftsvertrag kennt kaum Stoßdämpfer, es gibt hohe Risiken für beinahe alle, aber nur unzureichende abfedernde Mechanismen im Krisenfall. Ein Viertel der Arbeitsverträge in den USA sehen keine Lohnfortzahlung im Krankheitsfall vor. Geschätzte 27 Millionen Amerikaner haben keine Krankenversicherung. Selbst in der Pandemiesituation haben sich viele Firmen nur zur Lohnfortzahlung für jene Arbeiter bereitgefunden, die positiv auf COVID-19 getestet wurden – ein Test, der in New York zunächst schwer zu bekommen war und dessen Ergebnisse erst Tage später verfügbar waren. Folglich kamen auch infizierte Mitarbeiter noch zur Arbeit. Für das Pandemiegeschehen hatte dies fatale Folgen. Für Grippe-Epidemien ist in den USA nachgewiesen, dass die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall zur Reduzierung der Krankheitsverbreitung führt.

In einigen Fällen haben Mitarbeiter für höhere Löhne, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und gegen die unzureichenden Hygienevorkehrungen an den Arbeitsplätzen protestiert. Medienaufmerksamkeit erhielt dabei insbesondere der Protest von Arbeitern in Amazon-Versandhäusern in den USA. Doch eine kollektive Mobilisierung der Arbeiter blieb aus. Effektiver wird der Klassenkampf von Unternehmen geführt. Sie verlangen gesetzliche Bestimmungen, die Klagen von Mitarbeitern ausschließen sollen, wenn der Arbeitgeber sie dem Risiko einer Coronainfektion aussetzt. Der Ruf nach Schutz vor Schadensersatzklagen wurde vom Senat aufgenommen und im Mai vom republikanischen Mehrheitsführer Mitch McConnell zur Bedingung für eine Einigung auf ein weiteres Hilfspaket erklärt. Die Unternehmen sollen nicht wegen möglicher Klagen vor der Wiedereröffnung zurückschrecken, was den Wirtschaftswissenschaftler Paul Krugman zu der Frage veranlasste: „How many will die for the Dow?“

III. Schulen

Möglich wurde der Exodus aus New York auch durch die am 15. März verkündete Schließung der öffentlichen Schulen. Die Eltern schulpflichtiger Kinder wurden erst dadurch räumlich mobil.

Bürgermeister Bill de Blasio hatte sich lange gewehrt, die öffentlichen Schulen zu schließen. Aus guten Gründen: Über 1,1 Millionen Schüler sind in dem System, dem größten der USA. Ungefähr 700.000 leben an der Armutsgrenze. Über 100.000 der Schüler sind obdachlos, sie leben zumeist in *Shelters* über das Stadtgebiet verteilt. Das öffentliche Schulsystem ist in New York ein strukturierender Faktor, weit über die Vermittlung von Lerninhalten hinaus. Dies war ein wichtiger Aspekt bei den Überlegungen, ob die Schulen geschlossen werden sollten. Hunderttausende erhalten bis zu drei kostenlose Mahlzeiten pro Tag in der Schule – die Schließung würde deren Versorgungssicherheit gefährden. Ohne Schule würden jene Schüler, die in dysfunktionalen und gewaltsamen Familiensituationen leben, weiteren Gefahren ausgesetzt. Aspekte der öffentlichen Sicherheit spielten ebenfalls eine Rolle: Wer würde so viele tagsüber unbeaufsichtigte Teenager kontrollieren? Letztendlich überwogen die Gesundheitserwägungen. Viele private Schulen, in die knapp zwanzig Prozent der New Yorker Schüler gehen, hatten aus eigener Initiative bereits zuvor geschlossen, weil sie die für öffentliche Schulen relevanten Überlegungen nicht betreffen. Bei Eltern, die Schulgebühren zwischen 20.000 und 60.000 Dollar jährlich bezahlen, kann davon ausgegangen werden, dass sie Lösungen finden würden.

Von den öffentlichen Schulen wurden in jeder Nachbarschaft einige als Suppenküchen offengehalten, wo Schüler ohne Nachweise drei Mahlzeiten täglich erhalten konnten. Seit dem 2. April können alle New Yorker pro Tag kostenlos drei Mahlzeiten an einer von insgesamt vierhundert über das Stadtgebiet verteilten Ausgabestellen abholen. Ende Mai wurde geschätzt, dass circa 25 Prozent der New Yorker nicht über die Ressourcen verfügen, sich hinreichend zu ernähren. Eine Studie des Brookings Institute zeigt, dass hiervon insbesondere Haushalte mit Kindern betroffen sind. In den USA insgesamt gaben im Juni mehr als ein Drittel der Haushalte mit Kindern an, nicht hinreichend Geld für die Ernährung der Familie zu haben.

Mit der sofortigen Umschaltung auf Online-Unterricht wurde versucht, den Einfluss auf die Struktur des Alltags von Kindern und Jugendlichen aufrechtzuerhalten – selbst für die Vierjährigen. Es war beeindruckend zu sehen, mit welchem Einsatz Schulen und Lehrkräfte dies umsetzten, ohne jegliche vorherige Vorbereitung. Die Digitalangebote suggerierten zumindest das Weiterbestehen des Sozialraums Schule. Doch auch weil es keine Vorbereitung geben konnte, war der tatsächlich erteilte Unterricht nur ein klägliches Ersatz für das, was den Schülern verloren gegangen ist.

Die Umstellung auf Online-Unterricht führte zur weiteren Verschärfung der ohnehin bestehenden gravierenden sozialen Ungleichheit zwischen Schulen

und Schülern. Ein Grund sind die unterschiedlichen häuslichen Bedingungen. Viele Schüler und ihre Familien haben keine Endgeräte für die Software oder keinen Internetanschluss. Die Technik ist neu, und Eltern sind überfordert. Oder sie sind beruflich so eingebunden, dass ihnen die Zeit für die Unterstützung ihrer Kinder am Computer fehlt. Die Wohnverhältnisse in New York sind oft so beengt, dass Lernen nicht möglich ist. Lehrer an öffentlichen Schulen berichteten, dass überhaupt nur ein Drittel der Schüler an dem Online-Unterricht teilnimmt. Unter diesen Bedingungen fallen die benachteiligten Kinder in ihrem schulischen Erfolg weiter zurück, mit heute noch nicht abzusehenden Konsequenzen für ihre Berufsmöglichkeiten und ihr zukünftiges Einkommen. Schule trägt auch zur sozialen Gleichheit bei, indem alle Schüler einer Klasse in demselben Gebäude, mit denselben Lehrern unter denselben Bedingungen lernen.

Noch prononcierter stellen sich die Unterschiede im Vergleich zwischen öffentlichen und privaten Schulen dar. Zwar gibt es zu den Unterschieden bei der Online-Beschulung der Kinder bislang hauptsächlich anekdotische Evidenz, diese erscheint jedoch plausibel. Während die öffentlichen Schulen schwer damit kämpften, den Unterricht zumindest teilweise aufrecht zu erhalten, gelang dies den finanziell gut aufgestellten privaten Schulen in der Regel viel besser. In keiner Schule kann Online-Unterricht die Kopräsenz von Schülern und Lehrern ersetzen; doch in einer Situation, in der gemeinsames Lernen nicht möglich ist, verstärken sich soziale Ungleichheiten zwischen den Schülern weiter, abhängig von elterlichen und schulischen Ressourcen. Dies setzt sich bei der Frage der Ermöglichung von Präsenzunterricht im neuen Schuljahr fort. Die privaten Schulen sehen sich aufgrund besserer räumlicher Bedingungen und ihrer finanziellen Ausstattung eher in der Lage, Präsenzunterricht anzubieten, als die öffentlichen Schulen. Die schulische Ungleichheit ist dabei auch „Rassenungleichheit“. Siebzig Prozent der Schüler in den öffentlichen Schulen in New York sind Schwarze oder Latinx, nur 15 Prozent sind Weiße. In den Privatschulen sind über sechzig Prozent der Schüler Weiße und nur circa 25 Prozent Afroamerikaner oder Latinx.

IV. Krank werden

Viren unterscheiden nicht zwischen den Wirten, die sie besiedeln. Dennoch sind die Armen und die Minderheiten in Relation zu ihrer Repräsentanz in der Gesellschaft weit stärker von der Erkrankung betroffen als die Wohlhabenden. In COVID-19 spiegelt sich die Spaltung der amerikanischen Gesellschaft entlang sozialer und ethnischer Trennlinien. Die Ende Mai beginnenden Unruhen nach der Tötung von George Floyd in Minneapolis durch Polizeigewalt sind nicht ohne die besondere gesundheitliche und wirtschaftliche Betroffenheit der Afroamerikaner in der Coronakrise zu verstehen.

Im Bundesstaat Georgia etwa, wo ein Drittel der Bevölkerung Schwarze sind, stellen sie zugleich 83 Prozent der im Krankenhaus Behandelten und fünfzig Prozent der an Corona Verstorbenen. Auch in New York haben Schwarze eine doppelt so hohe Wahrscheinlichkeit, an COVID-19 zu sterben, als Weiße. New York City veröffentlichte Anfang Mai Statistiken, die Erkrankung und Sterblichkeit an Corona nach den Postleitzahlbezirken aufschlüsseln. In den wohlhabendsten Bezirken in Manhattan gab es quasi keine Toten. Die höchste Sterblichkeit zeigten Bezirke, die mehrheitlich von Afroamerikanern und Latinx bewohnt werden. Im Postleitzahlbezirk *Civic Center* (10007) im südlichen Manhattan liegt das jährliche Medianeinkommen bei 246.000 Dollar. Dort steckte sich eine von 153 Personen an. Im Postleitzahlbezirk *Mott Haven and Port Morris* in der Bronx (10454) liegt das Medianeinkommen bei 21.000 Dollar. In diesem Gebiet steckte sich bis Anfang Juni einer von 34 Bewohnern an.

Die Gründe hierfür liegen in den lange bestehenden strukturellen Ungleichheiten der amerikanischen Gesellschaft. Schwarze, Latinx und andere Minderheiten haben weit überproportional Arbeitstätigkeiten in Servicefunktionen. Sie sind Krankenhelfer, Lieferboten oder Busfahrer. Während Schwarze 12 Prozent der Erwerbstätigen in den USA ausmachen, stellen sie ein Viertel der Krankenpflegekräfte. Menschen dieser Gruppen haben außerdem häufiger keine Krankenversicherung, haben eher Vorerkrankungen, leben unter gesundheitsbeeinträchtigenden Bedingungen, und rassistische Vorurteile führen zu schlechterer medizinischer Behandlung. So gab es schon Anfang April Anzeichen dafür, dass Afroamerikaner bei gleicher Symptomatik eine geringere Chance hatten, auf Corona getestet zu werden. Auf der anderen Seite gab es Berichte, dass die *rich and famous* uneingeschränkt Zugang zu Tests hatten, als diese noch kaum verfügbar waren. Dies könnte eine Erklärung dafür sein, weshalb im frühen Verlauf der Epidemie so viele Prominente von der Krankheit betroffen gewesen zu sein scheinen. Andere wurden gar nicht erst getestet. Die frühe Erkennung und Behandlung spielen eine wichtige Rolle für den Krankheitsverlauf.

Aufgrund beengter Wohnverhältnisse und dem häufigen Zusammenleben von mehreren Generationen in den ärmeren Stadtvierteln steigt das Erkrankungsrisiko der besonders gefährdeten Älteren. Die nach Postleitzahlbezirken untergliederten Daten zeigen für die Stadt New York einen klaren statistischen Zusammenhang zwischen der Zahl der durchschnittlich in einer Wohnung lebenden Personen und den Infektionszahlen in dem Stadtteil. In den Wohngebieten der betroffenen Gruppen gibt es außerdem eine schlechtere Krankenversorgung, und Supermärkte sind weiter entfernt, was Vorratseinkäufe erschwert und dazu zwingt, die Wohnung öfter und für längere Zeit zu verlassen. Die Wohngebiete leiden unter schlechteren Luftbedingungen, weshalb Lungenerkrankungen häufiger sind, was ebenfalls zu dem statistischen Zusammenhang zwischen Armut und Coronasterblichkeit beiträgt. Auch in der Coronakrise wird die amerikanische Gesellschaft mit ihrem

historisch nie überwundenen Rassismus konfrontiert. Eine Antwort auf die Frage nach den Ursachen der höheren Gefährdung der schwarzen Bevölkerung in der Coronakrise lautet: die Sklaverei.

V. Soziale Sicherung

Die Schließung weiter Teile der Ökonomie hat in den USA zu einer verheerenden Arbeitslosigkeit geführt. Über zwanzig Millionen Arbeitsplätze gingen zwischen Februar und April 2020 verloren. Bis August 2020 wurden lediglich 42 Prozent dieser Verluste wieder wettgemacht. Fast die Hälfte aller erwachsenen Amerikaner lebte im Mai 2020 in einem Haushalt, der seit Anfang März Einkommen verloren hatte. Auch bei der Arbeitslosigkeit zeigt sich die soziale Ungleichheit. Amerikaner mit einem Jahreseinkommen von 50.000 Dollar oder weniger berichteten doppelt so häufig, dass entweder sie selbst oder ein Familienmitglied den Arbeitsplatz verloren hatten, verglichen mit Amerikanern mit einem Einkommen von über 150.000 Dollar. Für Latinx und Afroamerikaner gilt, dass diese, verglichen mit weißen Amerikanern, in weit höherem Maß von der pandemiebedingten Arbeitslosigkeit betroffen sind. Die ökonomische Hauptlast der Krise fällt auf Erwerbsspersonen, die niedrig bezahlte und unsichere Arbeitsplätze haben oder als illegale Migranten im Land leben. Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung bekommen nur legal Beschäftigte. Dies schließt circa acht Millionen Arbeiter aus, die ohne Papiere in den USA arbeiten.

Die neue Massenarbeitslosigkeit hat gravierende Folgen, nicht zuletzt aufgrund des schlecht ausgebauten amerikanischen Sozialstaats, dem Kurzarbeit, ein zentraler Mechanismus zur Krisenbewältigung in Deutschland, weitgehend fehlt. Zwar wurden in dem Ende März verabschiedeten „CARES-Act“ die Regeln für den Bezug von Arbeitslosengeld verändert, so dass dieses länger und mit höheren Beträgen gezahlt wurde. Außerdem wurde mit Maßnahmen wie dem *stimulus check* von 1.200 Dollar der ökonomische Schock einmalig abgemildert. Ein Programm für kleinere Unternehmen sollte Entlassungen in diesen Unternehmen zumindest für eine gewisse Zeit vermeiden, indem der Lohn aus nicht rückzahlbaren Zuschüssen des Staates bezahlt werden konnte. Diese Maßnahmen waren bedeutend für die kurzfristige soziale Abfederung der Wirtschaftskrise.

Viele der Maßnahmen liefen jedoch Ende Juli 2020 aus. Mit dem Verlust der zusätzlichen Arbeitslosenunterstützung können viele Amerikaner ihre Miete nicht mehr bezahlen. Experten rechnen mit einem starken Anstieg der Armutrate in den USA und einem erheblichen Anstieg von Zwangsräumungen von Wohnungen. Zur Verhinderung des Wohnungsverlustes gab es Moratorien von Zwangsräumungen der Bundesstaaten und vieler Kommunen, die jedoch zumeist nur für einige Monate galten. Im Juli 2020 gaben 22 Prozent der amerikanischen Haushalte in einer Umfrage des Zensusbüros an, sie

würden erwarten, ihre nächste Miete oder Kreditrate nicht mehr bezahlen zu können. Bei den Betroffenen ist der Blick nach vorne ein Blick in den Abgrund.

Welche weiteren Unterstützungsmaßnahmen es geben soll, ist zwischen Republikanern und Demokraten so umstritten, dass es trotz der unmittelbaren Notsituation vieler Menschen auch Anfang August noch kein neues Gesetzespaket gibt. Darin zeigt sich auch die Problematik, dass das soziale Netz in den USA quasi im freien Fall geknüpft werden muss. Die spontan eingeführten Maßnahmen lassen so viele Löcher offen, dass viele Bürger durch das Netz hindurchfallen. Wer keine oder zu niedrige Leistungen erhält, ist auf private Wohltätigkeit (*charities*) angewiesen. Nicht soziale Rechte, sondern Barmherzigkeit begründet hier soziale Fürsorge. Zu den Notsituationen trug auch bei, dass die Verwaltung völlig überfordert war, dem Andrang eingehender Anträge auf Leistungen nachzukommen. Wären die Antragsprozeduren nicht mittlerweile auf Telefon und Computer umgestellt, würden wir seit April 2020 längst dieselben Bilder von Menschenschlangen vor Arbeitsagenturen sehen, die aus der Großen Depression bekannt sind. Im Jahr 2020 sieht man solche Bilder „nur“ vor den Ausgabestellen für Lebensmittel.

Der amerikanische Sozialstaat wurde seit den 1980er Jahren nicht nur geschmälert, sondern auch so umgebaut, dass Sozialleistungen immer enger mit Arbeitstätigkeit verknüpft wurden. Bedürftigkeit wurde mit individuellem Fehlverhalten erklärt, die Anreizstruktur der sozialstaatlichen Leistungen so verändert, dass weniger Anreize für solches Verhalten bestehen. *From Welfare to Workfare* hieß die Devise. In einer Situation pandemiebedingter Massenarbeitslosigkeit ist dies verheerend. Ein Beispiel hierfür ist der Krankenversicherungsschutz. Da die Krankenversicherung an den Arbeitgeber gebunden ist, verlieren Amerikaner mit ihrer Erwerbstätigkeit auch ihre bestehende Versicherung. Eine Studie der Kaiser Family Foundation von Anfang Mai kommt zu dem Ergebnis, dass 27 Millionen Amerikaner ihre an den Arbeitgeber gebundene Krankenversicherung verlieren werden oder bereits verloren haben. Ungefähr zwanzig Millionen Menschen können durch den „Affordable Care Act“ (*Obama Care*) oder das Krankenversicherungssystem für Arme (*Medicaid*) neuen Versicherungsschutz erlangen. Fast 6 Millionen werden ihren Versicherungsschutz ganz verlieren.

Die Krise wird daher auch die Vermögenspolarisierung noch einmal verstärken. Schon in der Finanzkrise von 2008 sank das Medianvermögen, wie der Ökonom Edward Wolf berechnete, in den USA um 44 Prozent von 115.000 Dollar im Jahr 2007 auf 64.000 Dollar 2010 und hat sich von diesem Rückgang trotz der Erholung der Wirtschaft nicht wieder erholt. Um die jetzt erlittenen Einkommensverluste auszugleichen, wird die Mittelschicht ihre noch bestehenden Vermögensrücklagen weiter reduzieren müssen. Wie niedrig auch immer die Vermögensbestände der meisten Amerikaner sind, in dieser Krise werden sie erneut schrumpfen, ausgenommen die der obersten zehn Prozent

der Haushalte. Ihr erhebliches Finanzvermögen wird bisher durch die Hilfspakete und Maßnahmen der Zentralbank vor Verlusten geschützt.

VI. Öffnen

Im Unterschied zu anderen Wirtschaftskrisen ist diese Krise nicht durch einen Nachfrage- oder Investitionsrückgang ausgelöst, sondern das Resultat politischer Entscheidungen, die auf den Gesundheitsschutz der Bevölkerung zielten. Angesichts der Sekundäreffekte dieser Entscheidungen – Massenarbeitslosigkeit, drohende Insolvenzen, Verarmung – ist es nicht verwunderlich, dass schon zum Höhepunkt der ersten Welle der Pandemie im April 2020 großer politischer Druck entstand, die ökonomischen und sozialen Restriktionen schnell wieder aufzuheben. Keine Gesellschaft kann die Einstellung weiter Teile ihrer ökonomischen Aktivität bei gleichzeitigem Aufblähen sozialstaatlicher Leistungen lange durchhalten, ohne dabei zu verarmen.

Anders als in Deutschland geschah die Wiederöffnung in den USA jedoch nicht in einer Situation, in der die Neuansteckungen drastisch zurückgegangen waren und die Pandemie im Griff zu sein schien. Viele Bundesstaaten lockerten im Mai 2020 die Restriktionen oder hoben sie auf, obwohl sich die Ansteckungszahlen erhöhten. Schon im Mai sahen Gesundheitsexperten daher eine erneute Infektionswelle voraus. Im Juli vermeldete das Land beinahe täglich neue Höchststände bei den Neuinfektionen, bis über 70.000 pro Tag. Trotz der hohen Zahl an Neuinfektionen wurden die Lockerungen der Restriktionen des öffentlichen Lebens kaum zurückgenommen. Es fehlen sowohl die finanziellen Ressourcen als auch die politische Legitimation für eine erneute Schließung.

Natürlich gibt es unter den Befürwortern der Aufhebung der Restriktionen solche, die mit bizarren Argumenten der medizinischen Evidenz misstrauen und die Gefährlichkeit der Krankheit in Abrede stellen. Entscheidend in der Auseinandersetzung um die Öffnung sind jedoch politische Interessen und ideologische Differenzen. Die Auseinandersetzung ist von parteipolitischen Erwägungen dominiert. Präsident Donald Trump wird seine Wiederwahl vermutlich nur gelingen, wenn die Wirtschaft bis zum Herbst wieder Fahrt aufnimmt und die Arbeitslosenzahlen erheblich sinken. Hierfür benötigt er die schnelle Aufhebung der Restriktionen – auch um den Preis von mehr Infektionen. Wenig überraschend wurden die im Mai und Juni erheblich gesunkenen Arbeitslosenzahlen von Präsident Trump triumphal gefeiert, obwohl die wirtschaftliche Situation des Landes natürlich weiterhin katastrophal war. Im Juli hatte sich die wirtschaftliche Erholung dann schon wieder verlangsamt, nicht zuletzt aufgrund der hohen Infektionszahlen, die die weitere Normalisierung des Wirtschaftslebens verhindern. Ideologisch steht auf der einen Seite eine politische Rechte, die nicht nur dem Sozialstaat misstraut, sondern dem Staat insgesamt, und die Vorschriften zur sozialen

Distanzierung und dem Tragen von Schutzmasken als unerträglichen Eingriff in individuelle Freiheitsrechte ablehnt. Auf der anderen Seite steht eine Linke, *liberals* im amerikanischen Sinn, die nicht nur die staatliche Fürsorgepflicht in der Pandemie hervorhebt, sondern die Gesundheitskrise auch als Chance sieht, die Rolle des Staates und der gesellschaftlichen Solidarität nach vierzig Jahren marktliberaler Reformen wieder zu stärken.

Die Politisierung des Umgangs mit der Krise traf zugleich zumindest zu Beginn auf das im Land ganz unterschiedlich ausgeprägte Pandemiegeschehen. Die Infektionen konzentrierten sich bis Anfang Juni 2020 auf die Ost- und die Westküste sowie auf die großen Städte, nicht nur an den Küsten, sondern auch im industriellen Teil des Mittleren Westens. All dies sind traditionelle Wahlhochburgen der Demokraten. In vielen republikanisch dominierten, häufig ländlich geprägten Regionen war die Pandemie zunächst kaum spürbar. Viele Bürger in diesen Landesteilen sahen sich durch die Schutzmaßnahmen unverhältnismäßig gegängelt; sie hielten die Therapie für schlimmer als die Krankheit. Das ist eine Position, die durchaus Anerkennung verdient. Zumal es sich bei den zunächst kaum betroffenen Gebieten oft um ärmere Regionen handelt. Die Folge der im Mai insbesondere von Donald Trump und republikanischen Gouverneuren aus politischem Kalkül vorangetriebenen schnellen Öffnung des Landes begünstigte dann aber die Ausbreitung des Virus auch in die bis dahin kaum betroffenen Gebiete des Südens und Westens. Für Präsident Trump hat dies das politische Kalkül erheblich verändert: Es waren nun seine Wähler, die von der Krankheit bedroht wurden.

Wie politisiert die Debatte um Schließung oder Öffnung ist, zeigen Meinungsumfragen. Eigentlich könnte man vermuten, dass Menschen, die durch die Unterbindung wirtschaftlicher Tätigkeit am Abgrund ihrer Existenz stehen, für die Wiederöffnung der Wirtschaft kämpfen und die professionelle obere Mittelschicht, die oft ihre Berufstätigkeit komfortabel von Zuhause ausüben kann, sich für weitgehende Schließungen ausspricht. Doch anstelle sozioökonomischer Betroffenheit dominiert die politische Spaltung. Regionen, die republikanisch regiert sind, neigen zur Unterstützung der Öffnung, demokratisch regierte Regionen befürworten die Beibehaltung strikterer Maßnahmen. Die Debatte ist Ausdruck genau jener politischen Spaltung, die sich seit den 1980er Jahren abzeichnete, in der Präsidentschaftswahl von 2016 vollends zum Ausdruck kam und heute mehr denn je das Land prägt.

Wie tief diese Spaltung geht und wie sehr sie an den Grundfesten der amerikanischen Demokratie nagt, lässt sich an den wahltaktischen Manövern erkennen, die durch die Pandemie verstärkt werden. Die Republikanische Partei, die seit Jahren aufgrund des demografischen Wandels des Landes um ihre politische Mehrheitsfähigkeit fürchtet, versucht, ihre Wahlchancen durch Eingriffe in den Wahlprozess zu verbessern. Hierzu gehört zum einen das *gerrymandering* der Wahlbezirke. Zum anderen will man die Wahlbeteiligung jener politischen Wählergruppen niedrig halten, die eher den Demokraten zuneigen. In der Coronakrise sehen die Republikaner unverhofft neue

Möglichkeiten in diesem politischen Spiel. Schwarze und Latinx, die in ärmeren städtischen Wahlbezirken ihre Stimme abgeben, könnten der Wahl aus Angst vor Ansteckung vermehrt fernbleiben. Demokratische Gouverneure versuchen dies auszugleichen, indem die Briefwahl bei den Präsidentschaftswahlen im November ausgeweitet werden soll. Von den Republikanern, an vorderster Front Präsident Trump, wird dies bekämpft. Die Pandemie, so lässt sich befürchten, wird neben sozialer und wirtschaftlicher Ungleichheit auch politische Ungleichheit befördern; die Ungleichheit des Wahlprozesses zu forcieren, ist Teil des politischen Programms der Rechten.

VII. Ein neuer New Deal?

Die USA sind zutiefst gespalten und führen politische Auseinandersetzungen mit einer in Deutschland unbekanntem Schärfe. Alles spricht dafür, dass die Coronakrise das Land weiter auseinandertreiben wird. Die ideologischen Gräben werden in der Pandemie tiefer, ebenso wie die Spaltung zwischen ländlichen Regionen und Metropolen, die Unterschiede zwischen Arm und Reich und zwischen Schwarzen und Weißen. Aufzuhalten und umzukehren wäre diese Spaltung wohl nur, wenn es zu einem neuen New Deal käme, mit drastischen Eingriffen in die Vermögens- und Einkommensverteilung durch eine veränderte Steuerpolitik, dem Ausbau der sozialen Sicherungssysteme, der Stärkung von Arbeitnehmerrechten, der Wiederherstellung funktionierender Wettbewerbsstrukturen und einer radikalen Veränderung des Bildungssystems. Dazu müsste eine neue Bürgerrechtsgesetzgebung kommen. Forderungen nach solchen Veränderungen gibt es. Sie bestanden lange vor der Coronakrise und fanden politischen Ausdruck auch in der großen Zustimmung für die demokratischen Präsidentschaftskandidaten Bernie Sanders und Elizabeth Warren und in der *Black-lives-matter*-Bewegung. Für die Umsetzungschancen solcher Reformpläne gibt es jedoch angesichts der Einflussnahme wirtschaftlicher Interessen auf den politischen Prozess und der ideologischen Polarisierung wenig Anlass zum Optimismus.

Voraussetzung für Reformen ist die Wahl eines neuen Präsidenten im Herbst mit einer demokratischen Mehrheit im Senat. Welche Veränderungen lassen sich unter einem Präsidenten Biden erwarten? Joe Biden mag bürgerlichen Anstand in die amerikanische Politik zurückbringen und die politische Unberechenbarkeit der derzeitigen Regierung beenden. Dies ist von erheblicher Bedeutung. Als moderatem Demokraten traut Biden jedoch niemand zu, große Gesellschaftsreformen im Stil von Franklin D. Roosevelt anzuleiten. So könnten die USA immer tiefer in eine anomische Gesellschaftssituation hineingleiten, mit sich ausweitenden gesellschaftlichen Konflikten. Optimismus, dass es vielleicht doch zu einem „F. D. R.-Moment“ kommt, kann sich am ehesten auf die historische Unvorherseh-

barkeit gesellschaftlicher Brüche berufen. Auch den New Deal der dreißiger Jahre hätte noch 1932 kaum jemand vorhergesagt. Doch Garantie auf Wiederholung gibt es in der Geschichte nicht.

Prof. Dr. Jens Beckert, Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung,
Paulstraße 3, 50676 Köln
E-Mail: beckert@mpifg.de